Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6162

18. 11. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Angelika Beer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/3524 –

Ausweitung des Minenexportmoratoriums der Bundesrepublik Deutschland

A. Problem

Für das von der Bundesregierung am 16. Dezember 1993 beschlossene, zunächst auf drei Jahre befristete nationale Exportmoratorium für Anti-Personen-Minen wurde zwar am 11. Januar 1996 die zeitliche Befristung vom Bundeskabinett aufgehoben, jedoch keine neuen Minentypen (Panzerminen) in das Moratorium aufgenommen. Nichtregierungsorganisationen dagegen fordern ein völliges Verbot von Landminen; Vertreter aus der Dritten Welt beklagen, daß die Industriestaaten – darunter die Bundesrepublik Deutschland – lediglich bereit sind, Einschränkungen für jene Anti-Personen-Minen zu vereinbaren, die für die eigenen Streitkräfte nicht mehr benötigt werden.

B. Lösung

Einseitiger Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf Anti-Personen-Minen und Aussetzung der jüngst beschlossenen Entwicklung einer neuen Generation von Landminen sowie Ausdehnung des beschlossenen Exportmoratoriums auch auf Panzerabwehrminen und alle anderen Typen von Landminen sowie auf alle Lieferungen. Darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung im Vorfeld der Überprüfungskonferenz zum VN-Waffenübereinkommen für ein Verbot aller Landminen einsetzen und die alten Bestände von Minen unter deutscher Verfügungsgewalt offenlegen und diese vollständig und ersatzlos vernichten.

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

der Antrag auf Drucksache 13/3524 wird abgelehnt.

Bonn, den 9. Oktober 1996

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues
Vorsitzender

Dr. Friedbert Pflüger
Berichterstatter

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Angelika Beer
Berichterstatterin

Dr. Olaf Feldmann
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Angelika Beer und Dr. Olaf Feldmann

I.

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 13/3524 in seiner 83. Sitzung am 1. Februar 1996 an den Auswärtigen Ausschuß federführend sowie an den Ausschuß für Wirtschaft und an den Verteidigungsausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der Auswärtige Ausschuß hat seinen Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle um eine gutachtliche Stellungnahme gebeten.

II.

Der Verteidigungsausschuß hat den Antrag auf Drucksache 13/3524 in seiner 35. Sitzung am 22. Mai 1996 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, empfohlen, den Antrag abzulehnen, da er vor den abschließenden Verhandlungen der VN-Waffenkonferenz in Genf gestellt wurde und durch die Entscheidung der Bundesregierung zu einem Verbot von Anti-Personen-Minen als überholt angesehen wird.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag auf Drucksache 13/3524 in seiner 39. Sitzung am 25. September 1996 beraten und mehrheitlich empfohlen, ihn abzulehnen. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS und bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD gefaßt.

Der Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle hat den Antrag auf Drucksache 13/3524 am 7. Februar 1996 gutachtlich beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III.

Der Auswärtige Ausschuß hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 9. Oktober 1996 auf Drucksache 13/3524 beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS abgelehnt.

Bonn, den 9. Oktober 1996

Dr. Friedbert Pflüger	**Gert Weisskirchen (Wiesloch)**
Berichterstatterin	Berichterstatter
Angelika Beer	**Dr. Olaf Feldmann**
Berichterstatter	Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333